

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ise Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums der Finanzen

Zahlungen der „Staatsbürgerlichen Vereinigung e. V. 1954“ und anderer vergleichbarer Institutionen an Parteien

Die Kleine Anfrage 2892 vom 21. Februar 2000 hat folgenden Wortlaut:

Im März 1957 hat die Staatsbürgerliche Vereinigung e. V. (SV) ihren Sitz von Köln nach Rheinland-Pfalz verlegt. Die Oberfinanzdirektion Koblenz hat entschieden, dass die SV von der Körperschaftsteuer befreit wird. 1959 wurde ausdrücklich in die Satzung der SV aufgenommen: „Als Vereinszweck ist ausdrücklich ausgenommen die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien.“ Beiträge und Spenden an die SV blieben deshalb als Sonderausgaben abzugsfähig. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1958 war es verboten, dass als gemeinnützig anerkannte juristische Personen Parteien mittelbar oder unmittelbar unterstützen. „Doch trotz Verbots ließ die SV den Parteien zwischen 1959 und 1983, allen voran der CDU, sodann der F.D.P., der CDU Hessen und schließlich der CDU, weit mehr als 200 Mio. DM zukommen ...“ (FAZ vom 4. Februar 2000 „Alte Tarnadresse“). Im Zusammenhang mit dem Finanzskandal der CDU in Hessen wurde öfter auf die SV verwiesen, von der die Millionen stammen sollten.

1990 wurde die SV aus dem Vereinsregister gelöscht.

Neben der SV gab es noch zwei weitere große „Spendenwaschanlagen“ in Rheinland-Pfalz: die „Gemeinschaft zur Erschließung unterentwickelter Märkte“, Mainz, und die „Gesellschaft für Europäische Wirtschaftspolitik“, Neuwied.

Folgende Vereinigungen, die ihren Sitz in Rheinland-Pfalz hatten, standen in dem Verdacht, als „Spendenwaschanlagen“ für CDU bzw. F.D. P. gewirkt zu haben:

- Verein (Gesellschaft zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft e. V., Koblenz/Köln),
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung e. V., Ludwigshafen/Koblenz,
- Verband zur Ordnung privatwirtschaftlicher Eigentumsrechte, Neuwied,
- Soziologisches Forschungsinstitut e. V., Trier,
- Verein zur Förderung der rheinischen Wirtschaft e. V., Mainz, Koblenz,
- Gesellschaft zur Förderung des gemeinsamen europäischen Marktes e. V., Montabaur, Koblenz,
- Verein zur Förderung der privaten Entwicklungshilfe e. V., Linz,
- Verband für Schutz und rechtliche Absicherung privatwirtschaftlichen Eigentums, Koblenz,
- Verein zur Koordinierung der europäischen Nationalwirtschaft, Koblenz,
- Institut für Staatslehre und Politik e. V., Mainz/Würzburg,
- Europäische Vereinigung für gegenseitigen Meinungs-austausch e. V., Bad Marienberg,
- St. Josef-Colleg, Biersdorf,
- Fördergesellschaft für gesellschaftspolitische Bildung, Kaiserslautern,
- Verein zur Förderung gesellschaftspolitischer Bildung e. V.,
- Verein zur Förderung der pfälzischen Wirtschaft, Neustadt/Weinstraße

(siehe Bericht des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Verhaltens der Landesregierung, einzelner Mitglieder der Landesregierung sowie leitender Mitarbeiter des Landes im Zusammenhang mit der steuerlichen Veranlagung und Prüfung von Organisationen und Personen, die in die Geldbeschaffung für Parteien verwickelt waren, Drucksache 10/2914).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche der o. g. Institutionen und Vereine sind wann und wo aufgelöst worden und welche existieren noch und sind wo im Vereinsregister eingetragen?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Verwendung des Restvermögens der aufgelösten Vereine?
3. Welche Informationen hat die Landesregierung über größere finanzielle Transaktionen gegebenenfalls noch existierender Vereine oder Verbände (etc.), insbesondere ins Ausland bzw. an Parteien?
4. Beabsichtigt die Landesregierung, sich Informationen bezüglich der Fragen 2 und 3 zu beschaffen? Wenn nein, warum nicht?
5. Wurden einzelne der o. g. Vereine und Organisationen vom Finanzamt geprüft?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. März 2000 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Nachfrage bei den zuständigen rheinland-pfälzischen Amtsgerichten hat zur Feststellung folgender Vereinsregistereintragen geführt:

Gemeinschaft zur Erschließung unterentwickelter Märkte:

Eingetragen: 27. Oktober 1964, Amtsgericht Mainz VR 933

Sitz: Mainz

Auflösung: 17. Dezember 1976

Gesellschaft für Europäische Wirtschaftspolitik Neuwied:

Eingetragen: 29. November 1968, Amtsgericht Neuwied VR 165

Sitz: Neuwied

Gelöscht: 20. Dezember 1976

Verband für Ordnung privatrechtlicher Eigentumsrechte, Neuwied:

Eingetragen: 28. August 1953, Amtsgericht Neuwied VR 174

Sitz: Neuwied

Gelöscht: 24. Januar 1963

Verein zur Förderung der Rheinischen Wirtschaft:

Eingetragen: 11. April 1951, Amtsgericht Koblenz VR 794

Sitz: Koblenz

Auflösung: 15. Oktober 1991

Gesellschaft zur Förderung des Gemeinsamen europäischen Marktes e. V.:

Eingetragen: 14. Juli 1970, Amtsgericht Montabaur 6 VR 199

Sitzverlegung: von Montabaur nach Koblenz am 27. August 1973,
Amtsgericht Koblenz VR 1212

Auflösung: 20. Oktober 1973

Vereinigung zur Förderung der privaten Entwicklungshilfe e. V.:

Eingetragen: 5. November 1962, Amtsgericht Neuwied VR 54

Sitz: Linz am Rhein

Gelöscht: 7. Juli 1969

Verband für Schutz und rechtliche Absicherung privatwirtschaftlichen Eigentums:

Eingetragen: 25. September 1972, Amtsgericht Koblenz VR 1180

Sitz: Koblenz

Gelöscht: 27. Juni 1984

Institut für Staatslehre und Politik:

Eingetragen: 27. November 1951, Amtsgericht Mainz VR 1256

Sitz: Mainz

Gelöscht: 28. November 1990

Europäische Vereinigung für gegenseitigen Meinungs-austausch e. V.:

Eingetragen: 13. Februar 1961, Amtsgericht Montabaur 6 VR 841

Sitz: Marienberg

Gelöscht: 28. Februar 1983

Fördergesellschaft für gesellschaftspolitische Bildung e. V.:

Eingetragen: 5. Juni 1975, Amtsgericht Kaiserslautern VR 1446

Sitz: Kaiserslautern

Verein zur Förderung gesellschaftspolitischer Bildung e. V.:

a) Sitz Leubsdorf am Rhein

Eingetragen: 6. November 1975, Amtsgericht Neuwied VR 452

Gelöscht: 27. April 1981

b) Sitz Kaiserslautern

Eingetragen: 26. August 1976, Amtsgericht Kaiserslautern VR 1479

Gelöscht: 31. März 1993

Verein zur Förderung der Pfälzischen Wirtschaft:

Eingetragen: 20. Juli 1977, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein VR 950 Neu

Sitz: Neustadt an der Weinstraße

Gelöscht: 22. März 1995

Hinsichtlich der nicht genannten Vereine liegen keine Erkenntnisse vor.

Zu Fragen 2 und 3:

Erkenntnisse der Landesregierung unterliegen dem Steuergeheimnis und können daher nicht mitgeteilt werden.

Zu Frage 4:

Ja.

Zu Frage 5:

Auch die Tatsache der Durchführung von Außenprüfungen unterliegt dem Steuergeheimnis.

Gernot Mittler
Staatsminister